

## Abituraufgabe zum Sachmangel 2019

M1

	Von: Notebook-Wookie <reply@notebookwookie.de> Betreff: AW: Reklamation An: b.ruebel@mfg mail.com  Sehr geehrter Herr Rübel,  es tut uns sehr leid zu hören, dass Ihr am 10.04.2019 gelieferter „RPWR 80-519“ Laptop defekt ist. Da der Laptop jedoch das Auslieferungszentrum unseres Unternehmens voll funktionsfähig und angemessen verpackt verlassen hat, ist Ihr Ansprechpartner in diesem Fall das Versandunternehmen. Für etwaige Schäden können wir keine Haftung übernehmen.  Beste Grüße Justin Nager  Service-Stelle Reklamation Notebook-Wookie – Möge das Notebook mit dir sein!	11.04.2019
5		
10		
	----- <i>Bastian Rübel hat am 10.04.2019 geschrieben:</i>  Sehr geehrte Damen und Herren, soeben kam das von mir in Ihrem Online-Shop am 08.04.2019 bestellte Notebook RPWR 80-519 an. Beim ersten Einschalten des Rechners wurde ein großer schwarzer Streifen in der Mitte des Bildschirms sichtbar, welcher auch nicht verschwindet. Offensichtlich ist der Bildschirm defekt. Ich möchte nun möglichst schnell ein funktionierendes Gerät haben. Wie gehen wir weiter vor?  Mit freundlichen Grüßen Bastian Rübel  Quelle: <a href="https://www.123recht.de">https://www.123recht.de</a> , aufgerufen am 12.11.2018, bearbeitet	
15		
20		

Auch im Zeitalter der Digitalisierung, das von einem rapiden Wandel gekennzeichnet ist, muss das Recht seine Funktionen erfüllen.

Eine Aufgabe des Zivilrechts ist es, einen gerechten Interessenausgleich zwischen den Beteiligten zu schaffen.

1.1 Stellen Sie in einem Überblick die Arten des Sachmangels beim Kaufvertrag dar!

1.2 Verfassen Sie aus Sicht von Rübel ein juristisch fundiertes Antwortschreiben auf die E-Mail M1, in welchem Sie seinen Anspruch auf ein funktionierendes Notebook begründen!

1.3 Beschreiben Sie sowohl das **Widerrufsrecht als Verbraucher (gemäß §312 d I i.V.m. §312b I S.1, §355 I BGB)** als auch das **Rücktrittsrecht (gemäß §323 BGB)**, mit denen Rübel den Kauf rückgängig machen könnte!

1.4 Stellen Sie dar, dass der Gesetzgeber mit den in Aufgabe 1.3 aufgezeigten Möglichkeiten unterschiedliche Intentionen verfolgt!

Anmerkungen:

1. Die Unterscheidung zwischen Rücktritt und Widerruf sollte klar werden, wenn ihr den folgenden Text lest. Wenn nicht, dann arbeitet bitte die Seiten im Buch extra durch (S.140-146)!

***Gerade in Zeiten von geschlossenen Läden ist es für alle wichtig,  
die eigenen Rechte im Online-Handel zu kennen.***

2. Diese Aufgabe ist für alle verbindlich bis Freitag zu bearbeiten, **auch von denjenigen, die dieses Halbjahr streichen oder kein Kolloquium machen**. Die bearbeiteten Aufgaben schickt ihr mir bitte an folgende E-Mail: [elisabeth.kettner@willibald-gymnasium.de](mailto:elisabeth.kettner@willibald-gymnasium.de) Ich werde versuchen, sie alle bis zu den Ferien zu kommentieren. Die Musterlösung kommt anfang nächster Woche.

3. Sollte jemand im Kolloquium den Schwerpunkt „Mangelhafte Leistung beim Kauf“ wählen, sind die Informationen zum Verbrauchsgüterkauf notwendig.

Der Gesetzgeber versucht, innerhalb der EU einheitliche Regelungen im Bereich des Verbraucherschutzes zu schaffen. Mit der Schuldrechtsreform von 2002 wurde die Position des Verbrauchers gestärkt. Unter Verbraucherschutz versteht man die **Summe der Maßnahmen, welche die natürlichen Personen als Nachfrager nach Sachgütern und Dienstleistungen schützen**. Dadurch soll ein Ungleichgewicht ausgeglichen werden, das sich daraus ergibt, dass die Verbraucher aufgrund mangelnder Erfahrung und Fachkenntnis den Unternehmern unterlegen sind.

In Deutschland existiert kein einheitliches „Verbraucherschutzgesetz“, das alle einschlägigen Gesetze zusammenfasst. Neben den Regeln im BGB

(§§305-310 Allgemeine Geschäftsbedingungen (s. nächste Woche),

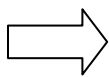
§312 b Vorschriften zu Verträgen, die außerhalb von Geschäftsräumen geschlossen werden (AGV), (s. unten)

§312 c Fernabsatzverträgen, (s. unten)

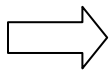
§§312 i-j Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr und (s. unten)

§§474-479 Verbrauchsgüterkauf(s. unten))

treten z.B. Gesetze zum Schutz gegen unlauteren Wettbewerb, die neue Datenschutzgrundverordnung, Regelungen des öffentlichen Rechts (z.B. Umweltschutzauflagen, Lebensmittel- und Futtermittelgesetz, Kosmetikverordnung, Arzneimittelverordnung und Insolvenzordnung). Letztere dienen vor allem der Gesundheit der Verbraucher.



§13: Jede NATÜRLICHE Person, die ein Rechtsgeschäft zu einem Zwecke abschließt, die ÜBERWIEGEND WEDER ihrer gewerblichen NOCH ihrer selbstständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden können.



§14: Unternehmer ist eine NATÜRLICHE oder JURISTISCHE Person (z.B. Verein) oder eine rechtsfähige PERSONENGESELLSCHAFT, die bei Abschluss eines Rechtsgeschäfts in Ausübung ihrer GEWERBLICHEN oder SELBSTSTÄNDIGEN BERUFLICHEN Tätigkeit handelt.

## Verbraucherschutz bei besonderen Vertriebsformen (Buch S. 145f.)

Grundsätzlich gilt „Pacta sunt servanda“! Nur wenn man ein Rücktrittsrecht ausdrücklich vereinbart hat, kann man sich vom Vertrag lösen. Von Gesetzes wegen kann man nur in besonderen Ausnahmefällen von einem geschlossenen Vertrag loskommen.

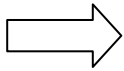
**AGV und sog. „Haustürgeschäfte“:** Verträge, die **außerhalb von Geschäftsräumen** geschlossen werden (z.B. Hausbesuche/ Telefonberatung von Versicherungsvertretern und Bankangestellten, Beratung im Hause des Kunden, „Kaffeefahrten“...). Ausgeschlossen sind Geschäfte, bei denen die Leistungen sofort erbracht/bezahlt werden und unter 40€ liegen. (s. Buch S.145)

**Fernabsatzverträge und Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr:** Verträge, die ausschließlich über Fernkommunikationsmittel (Kataloge, Telefon, E-Mails, ...) zustande kommen.

### ➤ Informationspflichten (§312d,e)

Der Verbraucher muss informiert werden, mit wem er worüber Verträge abschließt (Identität des Unternehmers, wesentliche Eigenschaften der Waren und Dienstleistungen, Gesamtpreis der Nebenkosten, Liefer- und Zahlungsbedingungen, gesetzliche Mängelhaftungsansprüche und Widerrufsrecht).

➤ Widerrufsrecht (§312g, §355, §356a IV)



Generell werden dem Verbraucher 14 Tage Widerrufsrecht eingeräumt: 14 Tage, nachdem der Unternehmer den Verbraucher in Textform über sein Recht auf Widerruf ordnungsgemäß informiert hat (Muster: Anlage 3 EGBGB S.588), ohne Angabe von Gründen. Die Frist endet aber spätestens nach 1 Jahr und eben diesen 14 Tagen, auch wenn keine Belehrung stattgefunden hat. Der Widerruf kann mündlich oder telefonisch erklärt werden, allerdings macht es Sinn für Beweis Zwecke schriftlich zu widerrufen.

Kein Widerrufsrecht wird gewährt, wenn der Kunde etwas speziell nach seinen Wünschen herstellen lässt, bei notariell beurkundeten Verträgen und bei entsiegelter Waren (Schutzfolie bei Büchern/DVDs...)

Widerrufsformular (im BGB: Seite 587: Anlage 2 EGBGB):

An: Name/Anschrift/E-Mail-Adresse des Unternehmers

Hiermit widerrufe ich den von uns abgeschlossenen Vertrag über den Kauf der folgenden Ware. Bestellt am.../erhalten am...

Datum, Name und Anschrift des Verbrauchers

➤ Rechtsfolgen:

Rückabwicklung Zug um Zug (Ware zurücksenden, bereits gezahltes Geld wird zurückerstattet) Kosten für die Rücksendung trägt der KUNDE, vorausgesetzt der Unternehmer hat den Käufer vorab darüber unterrichtet. Oft wird dies aber von den Händlern übernommen (Kulanz/Wettbewerbssituation?).

Hat die Ware durch einen unangemessenen Umgang des Kunden einen Wertverlust erlitten, muss dieser entsprechend Wertersatz leisten, soweit er über diese Rechtsfolge informiert wurde (z.B. Gebrauchsspuren an einer Kamera, Schuhe, die bereits im Freien getragen wurden...)

Zusammenfassung:

Besondere Vertriebsformen		
außerhalb von Geschäftsräumen ohne Fernabsatzgeschäfte und e-commerce (§312 b BGB)	Fernabsatzgeschäfte (§312 c BGB)	e-commerce (§312 i BGB)
Vertrag zwischen Unternehmer und Verbraucher (gem. 310 III BGB)		
über eine entgeltliche Leistung des Unternehmers (§312 I BGB)		
<ul style="list-style-type: none"> <li>bei oder nach gleichzeitiger körperlicher Anwesenheit beider Vertragsparteien</li> <li>außerhalb der Geschäftsräume des U oder unmittelbar nach einer persönlichen und individuellen Ansprache außerhalb der Geschäftsräume</li> <li>oder auf einem als Werbe-/Verkaufsveranstaltung organisierten Ausflug</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>im Rahmen eines für den Fernabsatz organisierten Vertriebs- oder Dienstleistungssystems</li> <li>ohne gleichzeitige Anwesenheit der Vertragsparteien</li> <li>ausschließlich über Fernkommunikationsmedien</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>ausschließlich über Telemedien (Vertrag im elektronischen Geschäftsverkehr)</li> </ul>
Kaffeeahrt, Direktmarketing, Vertreterbesuch	Katalogversand, Tele-Shopping, Telefonmarketing	Online-Shopping in Internet oder über Social Media
<ul style="list-style-type: none"> <li>keine bzw. nur eingeschränkte Anwendbarkeit auf bestimmte Vertragsformen, geregelt in §312 BGB</li> <li>umfassende allgemeine Pflichten und Grundsätze, geregelt in §312 a BGB</li> <li>umfassende Informationspflichten (§312 d BGB)</li> </ul>		
		noch weitergehende Informationspflichten gemäß §312 i und j
		Zurverfügungstellen der technischen Möglichkeiten zur Kontrolle und Korrektur der Bestellung (§312 i I Nr.1)
		Pflicht zur unverzüglichen Bestellbestätigung (§312 i I Nr.3)
		eindeutig gekennzeichneter Bestell-Button (§312 j III BGB)
Widerrufsrecht, Frist, Fristbeginn, Ausnahmen(s. oben), Rückgewähr, Erstattung des Kaufpreises, Rücksendekosten, Wertersatz (s.oben)		

Quelle: nach: Ciolek, B./Vonderau, K.: Abitur-Training Wirtschafts-Recht, Stark-Verlag 2018, S. 144f.

AUFGABE: Überlegen Sie, welche Ziele mit diesen Regelungen verfolgt werden.

## Verbrauchsgüterkauf:

Kauf einer beweglichen Sache durch einen Verbraucher (=Käufer) von einem Unternehmer (=Verkäufer).

§474-479 **zwingendes** Recht: Vertragsparteien dürfen von diesen Vorschriften nicht zum Nachteil des Verbrauchers abweichen. (*Grundwissen: Zwingendes Recht ist das Gegenteil von dispositivem Recht.*)

§475 IV-VI und §476: **kein** Ausschluss von Gewährleistungsrechten! (nur bei gebrauchten Gegenständen darf die Frist auf ein Jahr verkürzt werden)

**Grundsätzlich** gilt §363: Will ein Käufer seine Rechte aus einem Sachmangel geltend machen, muss ER SELBST beweisen, dass der Sachmangel bereits vor Gefahrübergang vorhanden war. Beim **Verbrauchsgüterkauf** gilt nach §477 **BEWEISLASTUMKEHR**. Das bedeutet: Wenn ein Mangel innerhalb der ersten 6 Monate auftritt, geht man davon aus, dass er bereits vor Gefahrübergang vorhanden war. Der UNTERNEHMER muss nachweisen, dass der Gegenstand seinen Bereich mangelfrei verlassen hat. Diese Regelung gilt nicht für verderbliche Ware (z.B. Lebensmittel).

**Garantie** (§443): Rechte, die der Verkäufer dem Käufer bei Sachmangel über die gesetzlichen Regelungen hinaus **freiwillig** einräumt. (z.B. Beschaffenheitsgarantie, Haltbarkeitsgarantie) Sonderbestimmungen (§479): Garantie muss einfach und verständlich formuliert sein, Hinweis auf die Rechte des Verbrauchers (auch darauf, dass diese nicht eingeschränkt werden!), Inhalt der Garantie und alle wesentlichen Angaben (z.B. Dauer, räumlicher Geltungsbereich, Namen und Anschrift des Garantiegebers)

**Versendungskauf:** normalerweise §447: Wenn der Verkäufer eine Sache ordnungsgemäß verpackt und auf Verlangen des Käufers an ein geeignetes Transportunternehmen übergibt und wird diese Sache auf dem Transportweg beschädigt oder geht sie verloren, ist der Käufer verpflichtet den Kaufpreis zu zahlen. Sonderregelung (§475 II): Bei einem Verbrauchsgüterkauf trägt das **Risiko der Unternehmer**. Die Gefahr geht erst über, wenn der Käufer die Sache in Empfang nimmt.

**Rückgriffsansprüche** der Unternehmers (§478-479): Ein Unternehmer darf beim Verkauf einer neuen Sache von seinem Lieferanten bis hin zum Hersteller Ersatz der Aufwendungen verlangen, wenn ein Verbraucher einen Sachmangel beanstandet, der schon bei Gefahrübergang vom Lieferanten/Hersteller auf den Händler vorhanden war. Diese Ersatzansprüche verjähren nach 2 Jahren nach Ablieferung der Sache.

Ich wünsche euch, euren Familien und Freunden viel Gesundheit  
und tolle, kreative Ideen die Zeit sinnvoll zu nutzen.